

LANDKREISTAG | KOMPAKT

VERBANDSNACHRICHTEN DES HESSISCHEN LANDKREISTAGES



Vielfältige Herausforderungen der Landkreise bei der Bewältigung der Folgen des Ukraine-Krieges

„Die 21 hessischen Landkreise sind entsetzt über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Unser Mitgefühl und unsere Solidarität gilt der ukrainischen Bevölkerung, die Opfer des russischen Überfalls ist. Es ist für uns daher auch nur selbstverständlich, dass wir das Land Hessen bei der Aufnahme der Menschen engagiert unterstützen werden, die durch die russische Invasion zur Flucht gezwungen werden. Dies wird Herausforderungen mit sich bringen. Aber die Aufnahme flüchtender Menschen ist die konkreteste Form der Unterstützung, die die hessischen Landkreise aktuell leisten können.“ Mit dieser öffentlichen Erklärung hat der Hessische Landkreistag unmittelbar nach Kriegsbeginn seine Haltung unterstrichen.

Seitdem unterstützen die 21 Landkreise nach Kräften und begleitet von einem enormen Hilfsangebot der Bevölkerung vor Ort die Aufnahme und Unterbringung von aus der Ukraine geflüchteten Menschen. Dazu zählt auch die aufenthaltsrechtliche Erfassung bzw. Registrierung der Ankommenden. Aber auch bei der Einbeziehung geflüchteter Kinder und Jugendlicher in die Kindertageseinrichtungen und Schule sowie bei der Integration der geflüchteten Erwachsenen in den Arbeitsmarkt geben die Landkreise vielfältigste Hilfestellungen.

Darüber hinaus stehen der Rettungsdienst und die (Kreis-)Kliniken für die Aufnahme von Kriegsverletzten aus der Ukraine bereit. Zudem ist von den Landkreisen verlangt, die örtlichen Strukturen des Katastrophenschutzes auf weitere Hilfeleistungen vorzubereiten – und die Strukturen der zivilen Verteidigung zu reaktivieren.



**Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,**

neben den schwierigen Aufgaben rund um die Bekämpfung der Corona-Pandemie bringt nun der Ukraine-Krieg vielfältige Herausforderungen für die Landkreise mit sich. Viele Flüchtlinge aus der Ukraine treffen in den Landkreisen ein, die sich um ihre Unterbringung und Versorgung kümmern. Damit befasst sich der nebenstehende Leitartikel.

Weitere Berichte in diesem Newsletter behandeln die Digitalisierung, den Öffentlichen Personennahverkehr sowie die Empfehlung der Konferenz der Kreistagsvorsitzenden, wie in den Kreistagen eine stärkere Beteiligung junger Menschen erreicht werden könnte.

Diese sowie die weiteren Artikel empfehle ich Ihrer Lektüre.

Ihr
Wolfgang Schuster, Präsident

AKTUELLE THEMEN

SEITE 02

- Eckpunktepapier digitale Infrastruktur unterzeichnet
- Notlage der ÖPNV-Finanzierung in Hessen

KURZ NOTIERT

SEITE 03

- Modellprojekt zur „Sektorenübergreifenden ambulanten Notfallversorgung“ gestartet
- HLT-Fachforum Digitalisierung am 19. Mai 2022 in Rosbach v.d.H.
- Austausch der Kreistagsvorsitzenden mit Landtagspräsident Boris Rhein
- Bündnisplan zur Stärkung der Fachkräftebasis in Hessen

AUS DEM DEUTSCHEN LANDKREISTAG

SEITE 04

- Die Landkreise als Zukunftstreiber

PERSONALIEN / TERMINE

SEITE 04

Eckpunktepapier digitale Infrastruktur unterzeichnet



Die Hessische Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung, Frau Prof. Dr. Kristina Sinemus, und die Präsidenten der drei kommunalen Spitzenverbände bei der Unterzeichnung des Eckpunktepapiers

Nach einem intensiven Dialog zu den Themenbereichen Festnetzausbau/Förderung Gigabit, Mobilfunkausbau/BOS-Digitalfunk und WLAN, Smart Region sowie zu Dialogangeboten haben die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände und die Hessische Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung am 01. März 2022 ein Eckpunktepapier zum Ausbau der digitalen Infrastruktur unterzeichnet. Auf die Umsetzung der vereinbarten Eckpunkte wollen die Partner – unter Beachtung der jeweiligen Rolle und des damit einhergehenden (kommunalen) Handlungsspielraums – partnerschaftlich hinwirken.

Angesichts der unterschiedlichen regionalen Versorgungssituationen sowohl im Bereich des Festnetz- als auch im Mobilfunkausbau und den damit einhergehenden Herausforderungen und regionalen Bedarfen verpflichtet sich das Land die kommunalen Gebietskörperschaften bestmöglich mit bedarfsgerechten Lösungsansätzen zu unterstützen. Dazu zählen beispielsweise die Fördermöglichkeiten für den Festnetz- und Mobilfunkbereich, um den Ausbau in den Regionen zu stimulieren, in denen bisher kein (ausreichender) marktgetriebener

Ausbau zu verzeichnen ist. Unter der Überschrift Smart Region verpflichten sich Land und Kommunen gemeinsam mit (kommunalen) Unternehmen daran zu arbeiten, digitale Lösungen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger in den kommunalen Handlungsfeldern voranzubringen. Akzeptanz und Vertrauen der Menschen werden als Grundvoraussetzungen für den Einsatz digitaler Lösungen und Infrastrukturen gesehen. Als zentrale Maßnahme, um dies zu erreichen, beabsichtigen Land und Kommunen daher, den Dialog mit der Bevölkerung in enger Abstimmung mit Wirtschaft und Wissenschaft zu intensivieren. Ziel ist es Digitalisierung verständlich zu machen, über Chancen und Herausforderungen zu informieren, Vorurteile zu entkräften, Sorgen ernst zu nehmen, Fragen zu beantworten und Unklarheiten aufzuklären.

Mit dem Bekenntnis des Landes, die kommunale Ebene zielgerichtet zu unterstützen, soll der Ausbau leistungsfähiger Breitbandanbindungen, die Weiterentwicklung von Smart Region-Projekten sowie die Kommunikation und Information im Rahmen von bürgernahen Dialogangeboten nochmals forciert werden.

Notlage der ÖPNV-Finanzierung in Hessen

Die Finanzierungslage des ÖPNV in Hessen ist extrem angespannt. Alleine die Preisentwicklung, insbesondere auch im Bereich Energie, führt dazu, dass die Kosten deutlich stärker steigen, als die Fahrgeldeinnahmen. Hinzu kommen strukturelle Kosten für die Umsetzung der (nicht zuletzt aus Gründen des Klimaschutzes erforderlichen) „Verkehrs- und Mobilitätswende“. Die kumulierten Kosten in voraussichtlich zweistelliger Milliardenhöhe stellen die kommunale Ebene vor solch erhebliche Herausforderungen, dass die künftige Finanzierung ohne deutliche Unterstützung durch Bund und Land nicht umsetzbar ist. Zwar leisten Bund und Land bereits eine Finanzierungsunterstützung. Die Landesförderung liegt jedoch bei nur 3% der Gesamtkosten.

Die sog. Regionalisierungsmittel des Bundes wirken unterstützend. Angesichts der tatsächlich erforderlichen Mittel decken sie aber nur Teilbedarfe ab. Dies steht im Widerspruch zu den politischen Vorgaben, z.B. eines Null- oder auf 3 Monate befristeten 9 Euro-Tickets. Die hessischen Landkreise unterstützen die Verkehrswende gerne und aus vielfältigem eigenem Interesse, z.B. dem Klimaschutz, der Nachhaltigkeit, der Sicherung der Anbindung und Steigerung der Attraktivität des ländlichen Raumes, der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse usw.. Die klare Botschaft ist aber: „Wir wollen mehr und besseren ÖPNV, können dies aber nicht alleine bezahlen. Ohne zusätzliche Unterstützung sind Leistungseinschränkungen unausweichlich.“

Modellprojekt zur „Sektorenübergreifenden ambulanten Notfallversorgung“ gestartet

Mit dem deutschlandweit einzigartigen Modellvorhaben der „Sektorenübergreifenden ambulanten Notfallversorgung“ (SaN) wird in den drei Pilotlandkreisen Main-Kinzig, Main-Taunus und Gießen durch die enge Verzahnung zwischen ambulantem und stationärem Sektor sowie den zentralen Rettungsdienstleitstellen sichergestellt, dass jede Patientin und jeder Patient die effiziente Versorgung erhält, die jeweils notwendig ist. Hierzu werden die Leitstellen des Rettungsdienstes und der KV Hessen technisch verknüpft, damit die Patientinnen und Patienten reibungslos von einem System durch entsprechende IT-Programme und deren Vernetzung in das andere übergeben werden können. Personen mit stationärem Behandlungsbedarf werden den zentralen Notaufnahmen effizienter zugewiesen, solche mit ambulantem Versorgungsbedarf werden vom Rettungsdienst in eine Partnerpraxis gefahren und dort behandelt. Diese passgenaue Steuerung bereits in den Rettungsfahrzeugen, verbunden mit einer schnellen Übermittlung der maßgeblichen Daten eröffnet den Betroffenen den direkten Weg in eine bestmögliche Behandlung.



HLT-Fachforum Digitalisierung am 19. Mai 2022 in Rosbach v.d.H.

Am 19. Mai 2022 führt der Hessische Landkreistag in Kooperation mit dem Kommunalen Beratungszentrum Hessen eine Fachtagung zum Thema „Interkommunale Zusammenarbeit von Landkreisen im Bereich Digitalisierung“ in der Adolf-Reichwein-Halle in Rosbach v.d.H. im Wetteraukreis durch. Schwerpunkte der Veranstaltung, die sich an die Fachverantwortlichen in den hessischen Landkreisen richtet, sind die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) in Hessen und Fragen der Cybersicherheit in den Kommunalverwaltungen, deren Bedeutung durch den Russland-Ukraine-Krieg noch einmal in den Fokus gerückt wurde.

Neben Best Practice-Beispielen aus dem Landkreis Groß-Gerau und dem Landkreis Gießen wird die Koordinierungsstelle OZG Kommunal zum Stand der OZG-Umsetzung in Hessen berichten. Als weiteren Gast dürfen wir die ekom21 mit Informationen zu ihren Unterstützungsangeboten zur Digitalisierung der hessischen Kommunen

begrüßen. Hinweise zu den Angeboten des Landes Hessen zur Förderung der Interkommunalen Zusammenarbeit runden den Tag ab. Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme. Anmeldungen sind möglich unter info@hlt.de

Austausch der Kreistagsvorsitzenden mit Landtagspräsident Boris Rhein

Herr Landtagspräsident Boris Rhein war zu Gast bei der Konferenz der Kreistagsvorsitzenden unter Vorsitz von Herrn Kreistagsvorsitzenden Joachim Veyhelmann. Er berichtete von den aktuellen Corona-Maßnahmen im Landtag und hob die Bedeutung der Transparenz der parlamentarischen Debatte für die Akzeptanz der zu treffenden Entscheidungen hervor. Die Corona-Maßnahmen würden begrüßt, allerdings sei die Einführung des 3G-Konzeptes im Plenarsaal des Hessischen Landtages eine große Herausforderung gewesen. Anschließend tauschte er sich mit den Kreistagsvorsitzenden über die vor Ort in den Kreisgremien ergriffenen Maßnahmen zum Umgang mit der Pandemie aus.

In dieser Sitzung wurde ebenfalls die Notwendigkeit einer Kinderbetreuung während der Gremiensitzungen für Ehrenamtliche beraten. Hier wurde in der Sitzung einstimmig die Empfehlung an die 21 hessischen Kreistage beschlossen, ihre Geschäftsordnungen mit dem Ziel zu überarbeiten, eine stärkere Beteiligung junger Menschen zu erreichen. Hierbei sind insbesondere Angebote der Kinderbetreuung aufzunehmen bzw. zu erweitern.

Bündnisplan zur Stärkung der Fachkräftebasis in Hessen

Im Jahr 2020 hat sich das „Neue Bündnis Fachkräftesicherung Hessen“ gegründet. Hintergrund ist, dass die Versorgung mit Fachkräften auch angesichts des demografischen Wandels und seiner Folgen auf den Arbeitsmarkt eine der großen gesellschaftlichen Herausforderungen zur Sicherung des Wirtschafts- und Technologiestandortes Hessen darstellt. Das Bündnis setzt sich aus dem koordinierenden Dachgremium und den vier Fokusgruppen „Arbeiten im digitalen Wandel und im Handwerk“, „Kinder- und Jugendhilfe“, „Internationalisierung und Vielfalt“ sowie „Pflege und Gesundheit“ zusammen.

Bündnisbeteiligte sind neben dem federführenden Sozialministerium die Kommunalen Spitzenverbände, die Regionaldirektion der BA, Akteure aus der Wirtschaft und dem Handwerk, die Gewerkschaften, die Liga der Wohlfahrtsverbände und viele mehr. Die Fokusgruppen haben nun konkrete Vorschläge erarbeitet, wie der Bedarf an Arbeits- und Fachkräften für die hessischen Wirtschaft und Verwaltung gesichert und entwickelt werden kann. Am 25. März 2022 wurde der entsprechende „Bündnisplan zur Stärkung der Fachkräftebasis“ unter Beteiligung des Hessischen Landkreistages in einer Kompaktversion vorgestellt.

Die Landkreise als Zukunftstreiber

Das Präsidium des Deutschen Landkreistages hat sich in seiner Sitzung im Landkreis Saarlouis mit verschiedenen Themen beschäftigt, die für die Landkreise von großer Bedeutung sind. Präsident Landrat Reinhard Sager hob aus aktuellem Anlass die Rolle der Kommunen für die künftige Klima- und Energiepolitik hervor, wofür es finanziell gut ausgestattete Landkreise und Gemeinden bräuchte. Er sagte: „Die Zukunftsherausforderungen sind gewaltig. Sie müssen planvoll und konsequent angegangen werden. Wesentlicher Teil dessen sind die Landkreise und Gemeinden, die die Basis für gleichwertige Lebensverhältnisse darstellen. Die Kommunen sind Treiber und Mitgestalter der Entwicklung, müssen aber von der Politik auch so behandelt werden.“

Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse und dem Erfordernis einer stärkeren Unabhängigkeit von Energieimporten könne es Fortschritte in der Klima- und Energiepolitik nur im engen Schulterschluss mit den Landkreisen geben. Bislang sei es so, dass zu viele Maßnahmen über befristete Projektmittel umgesetzt würden, was nicht nachhaltig sei, so Sager. Im Kern gehe es um eine grundlegende Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung durch die verantwortlichen Länder, um von der bisherigen Projektfinanzierung zu einer grundständigen Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen zu gelangen. „Darüber hinaus müssen Wertschöpfungspotenziale in den ländlichen Räumen beispielsweise bei der Windenergienutzung oder bei Wasserstofftechnologien für eine nachhaltige Energieversorgung realisiert werden.“

In diesem Zusammenhang sei der Beschluss des Koalitionsausschusses, die Pendlerpauschale zu erhöhen, ein richtiger Baustein für die Beförderung gleichwertiger Lebensverhältnisse, reiche aber für die in den ländlichen Räumen lebenden Menschen nicht aus: „Hier ist mehr Unterstützung gefragt, die Pendlerpauschale betrifft ja nur das Erwerbsleben und nicht andere Aspekte der Lebenswirklichkeit in ländlichen Räumen. Hinzu kommen tiefgreifende Verteilungs- und soziale Ausgleichsfragen im Verhältnis von Stadt und Land im Zuge der Klimapolitik, die immer wieder die Frage aufwerfen, wie Lasten und Entwicklungschancen im Land verteilt werden. Dafür muss die Bundesregierung sehr sensibel sein.“

Zum Thema der gleichwertigen Lebensverhältnisse mahnte Sager zudem eine auch weiterhin ordentliche finanzielle Mindestausstattung der Landkreise und Gemeinden an. „Das haben die Regierungsparteien im Koalitionsvertrag allerdings nicht aufgegriffen. Statt einer finanziellen Stärkung der Kommunen sind erneut zahlreiche weitere Förderprogramme, zentrale Steuerung und Projektfinanzierungen angekündigt worden.“ Dieses Defizit müsse der Bund nun ausgleichen und ernsthaft in eine Diskussion darüber eintreten, wie die Steuerausstattung der Kommunen insgesamt erhöht werden kann.

Schließlich bekräftigte das DLT-Präsidium, dass der flächendeckende Glasfaserausbau in den ländlichen Räumen weiter vorangetrieben werden müsse. „Der mit Mitteln des Bundes und der Länder unterstützte Ausbau durch und in den Landkreisen hat dazu bereits einen wesentlichen Beitrag geleistet. Der geförderte Glasfaserausbau ist ein Erfolgsmodell, das auch nach dem Ende des bisherigen Förderprogramms im Jahr 2023 weitergeführt werden muss“, fasste es Sager zusammen. „Wir brauchen in Deutschland ein flächendeckendes Glasfasernetz, um bei der digitalen Infrastruktur überhaupt Anschluss an die globale Entwicklung zu finden.“

PERSONALIEN

Frau Madlen Overdick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), bislang Kreisbeigeordnete, ist nunmehr Erste Kreisbeigeordnete im Main-Taunus-Kreis.

TERMINE

- **Rechts- und Europaausschuss**
Donnerstag, 12.05.2022, 10:00 Uhr, Hofheim
- **Schul- und Kulturausschuss**
Montag, 16.05.2022, 10:00 Uhr, Hofheim
- **Wirtschafts- und Umweltausschuss**
Donnerstag, 02.06.2022, 10:00 Uhr, Hofheim
- **Konferenz der Kreistagsvorsitzenden**
Mittwoch bis Donnerstag, 08.06.2022 bis 09.06.2022, ab 16:00 Uhr, Limburg
- **Finanzausschuss**
Dienstag, 14.06.2022, 10:00 Uhr, Hofheim
- **Sozialausschuss**
Donnerstag, 23.06.2022, 10:00 Uhr, Hofheim



Hessischer
Landkreistag

IMPRESSUM

VERANTWORTLICH

Direktor Prof. Dr. Jan Hillgardt
(geschäftsführend)
Direktor Dr. Michael Koch

HERAUSGEBER

Hessischer Landkreistag
Frankfurter Straße 2
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 / 17 06-23
E-Mail: knauer@hlt.de
Internet: www.hlt.de

KOORDINATION

Tim Ruder (Pressesprecher)
Melanie Knauer
(Öffentlichkeitsarbeit
und Organisation)

ERSCHEINUNGSWEISE / AUFLAGE

zwei- bis dreimonatlich
2.500 Exemplare
(gedruckte Version)

Alle Inhalte und Bilder sind lizenzrechtlich geschützt. Abdruck und Vervielfältigung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Hessischen Landkreistages.

GESTALTUNG

Muhr – Partner für Kommunikation
www.muhr-partner.com
Seerobenstraße 27
65195 Wiesbaden

BILDNACHWEIS

Adobe Stock (S.1 und S.3)
Hessische Staatskanzlei (S.2)